

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Verfahren
Für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (am Morgen und Abends) nur einmal 2.50 Mk., wöchentlich 15.00 Mk., monatlich 45.00 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (abwärts). Die bei den Herren von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abends-Ausgaben erhalten die ausserordentlichen Beleger mit der Morgen-Ausgabe zusammen geschickt. Nachdruck nur mit dringender Quellenangabe („Dresd. Nachr.“) zulässig. — Unersetzte Abonnements werden nicht erstattet.

Anzeigen-Zarif.
Annahme von Anzeigen bis zum 1. Mai, Sonntags nur bis zum 24. April. Die einseitige Grandbreite ist 4 Zeilen 30 Pf., die zweiseitige 25 Pf., die dreiseitige 20 Pf., die viertseitige 15 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Grandbreite 25 Pf., die zweiseitige 20 Pf., die dreiseitige 15 Pf., die viertseitige 10 Pf. — Zusätzliche Anzeigen nach Vereinbarung. Jedes Blatt kostet 10 Pf.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Für Feinschmecker

Lobeck's.	Fondant-Chocolade	per Tafel 50 St.
	Rahm-Chocolade	
	Bitter-Chocolade	
	Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.	
	Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.	

Marke: Dreiring

Hauptheftstelle:
Waisenstraße 38/40.

Bräutleute kaufen am vorteilhaftesten in der

„Raumkunst“

Dresden-A, Viktoriastraße 5/7.

Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungs-einrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schläger: Predstoffmöbel (D. R. P.). Elegant — Praktisch — Billig.

Glaswaren

Jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl

Wilh. Rühl & Sohn, Inh. Richard Rühl, Königl. Sachs. Hoflieferant, Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18.

Photographie in natürlichen Farben.

Lumière-Autochromplatten = Neueste Emulsionen

Ausf. Einzel-Unterricht gratis.

Carl Plaul, Wallstr. 25. Kgl. Sachs. Hoflieferant.

Neuheiten: Damen-Sportkostüme, Sportanzüge, Bozner Mäntel, Pelerinen

Laden-Spezialgeschäft **Jos. Fiechtl** aus Tirol
Schlees-Strasse 23.

Für eilige Leser.

Mittelmäßige Bitterung: Südwestwinde, warm, trocken, Gewitterneigung.

In der Zweiten Kammer fanden gestern Staatskapitel und Petitionen zur Schlussberatung.

Der Reichstag beschloß die Zulässigkeit der Besprechungen nach kurzen Anfragen, die Notwendigkeit von 15 Mitgliedern und Hospitanten zur Parteibildung und begann sodann die Beratung des Etats des Reichsschatzmeisters.

Der Deutsche Schillerpreis für die Jahre 1912/13 wurde dem Wiener Volksdichter Rudolf Sawel verliehen.

Der Londoner Hafen ist wieder von einem großen Transportarbeiterstreik bedroht.

König Nikolaus von Montenegro ist bedenklich erkrankt.

Nach einem Telegramm aus Smirna wurde auf Rhodos eine größere italienische Truppenabteilung von den Türken völlig ausgerieben.

Das russische Verfassungsleben

unter dem Ministerium Kozowzow hat ein ganz eigenartiges Gepräge. Stolypin war im Grunde seines Wesens von gemäßigten liberalen Ideen erfüllt, wurde aber in eben dem Maße verblödet, als er erkannte, daß das russische Volk für ein wirklich konstitutionelles Regiment schlechterdings noch nicht reif sei. Daran entspringt ein Zustand von nervöser Unruhe und Verzweifelt, welcher der Politik Stolypins etwas Sprunghaftes verlieh, das sich in dem fortwährenden Wechsel des politischen Anhanges des Ministerpräsidenten ankündete. Er stützte sich bald auf den Reichsrat, bald auf die Duma, bald auf diese, bald auf jene Partei, und trug gar kein Bedenken, heute das zu Nische zu verbrennen, was er gestern verehrt hatte. So geriet Stolypin schließlich mit dem Parlamentarismus in ein unverkennbares Kriegsverhältnis, das ihn mehr und mehr zur Betätigung von diktatorischen Neigungen verleitete, die er indessen immer in einer dem öffentlichen Wohle günstigen Richtung, insbesondere bei dem Kampfe gegen die Miswirtschaft der Bureaucratie, zur Schau trug.

Bei Stolypins Nachfolger Kozowzow läßt sich eine ungleiche Entwicklung beobachten. Der jetzige Ministerpräsident ist von Natur konservativ und erblickt in Parlament und Parteienwesen keineswegs das Heil, sondern lediglich ein Uebel, aber allerdings ein notwendiges Uebel, dem sich auch das zaristische Staatswesen nicht länger entziehen kann. Diese Erkenntnis ist Herrn Kozowzow während seiner erfolgreicheren früheren Verwaltung des Finanzministeriums angegangen, und ihr zufolge hat er sich in seiner jetzigen Stellung gewisse Zugeständnisse an die liberale Richtung abgerungen, die in ihrer Art auch wieder für den finanziellen Einschlag seiner Politik bezeichnend sind. Herr Kozowzow hat nämlich jüngst inmitten des Moskauer Börsenkomitees Gelegenheit genommen, die gemäßigten liberalen Partei der Oktobristen, in der sich die Kreise der Industriellen und der Großkaufleute vertreten finden, seiner besonderen Sympathien zu versichern, und um die Unterstützung dieser einflussreichen Gruppe zu gewinnen, legte er gleichzeitig ein theoretisches Bekenntnis zu der neuen Ordnung der Dinge ab. Der Ministerpräsident führte aus, es verdiene Anerkennung, daß dank der Arbeit der dritten Duma der Gedanke der Volksvertretung feste Wurzeln im nationalen Bewusstsein Rußlands geschlagen habe. Niemand denke heute daran, auf den alten Weg der Abschaffung zurückzufahren; seiner der in Rußland Regierenden erträume eine Wiederherstellung der alten Ordnung der Dinge oder sehe einen Fortschritt Rußlands in der Dämmung des auf die Initiative des Kaisers unternommenen konstitutionellen Reformwerkes. Er wünsche, daß die vierte Duma der dritten in jeder Beziehung folgen möge. Die russische Duma, die ein mächtiges Rußland mit gereinigtem Regierungsgang und Verwaltungsarrangements schaffen und alte Wunden heilen wolle, werde eine bessere Zukunft für Rußland heraufführen.

Das ist der echte Kozowzow: ein nach seinen natürlichen Neigungen und Überzeugungen durchaus konservativ gerichteter Charakter, der aber liberal angehauchte Erklärungen nicht verschmäht, wenn sie seinen politischen und insbesondere finanziellen Zwecken förderlich sind, zu deren Erreichung er der Mithilfe der in der Oktobristenpartei organisierten Großkaufleute und Industriellen nicht

entzagen kann. Herr Kozowzow ist in der Form überhaupt sehr verbindlich und auch insofern ein Gegenstück zu seinem Vorgänger. Ein formelles Entgegenkommen gegen die Landduma bedeutete es auch, daß er den Minister des auswärtigen Afanow veranlaßte, seine Darlegungen über die auswärtige Politik vor dem Parlament zu geben, obwohl dessen Zuständigkeit sich auf das auswärtige Gebiet nicht erstreckt. Trotz alledem aber werft man seiner ganzen Haltung, wenn er vor der Duma steht, doch immer an, daß er der Mann ist, der einstmals aus seinem Herzen keine Würdegrube gemacht und kurz vor dem Ende des alten Regimes dieses noch mit den Worten verberlich hat: „Dem Himmel sei Dank, wir haben kein Parlament!“ Freilich wird Herr Kozowzow heute niemals mehr etwas Ähnliches auch nur andeutungsweise über seine Lippen fließen lassen, aber auf der anderen Seite darf man auch versichert sein, daß er alles, was an ihm liegt, tun wird, um jedes Dinauswachsen der verfassungsmäßigen Einrichtungen über den jetzigen Scheinfunktionalismus hinaus zu verhindern. Die Liberalen dürfen daher von ihm nicht erhoffen, daß er jemals zu einer Erweiterung der Budgetrechte und der sonstigen Befugnisse der Landduma seine Einwilligung geben werde, und gerade dieses Bewußtsein der liberalen Kreise ist es auch, das Herrn Kozowzow in den Verdacht „reaktionärer“ Absichten gebracht hat, zu dessen Verhinderung seine Moskauer Rede dienen sollte.

Inwiefern Herr Kozowzow geneigt ist, der von ihm bevorzugten Partei der Oktobristen nicht bloß mit Worten entgegenzukommen, sondern ihr greifbare praktische Zugeständnisse zu machen, wird sich bei der weiteren Behandlung der auf die Gewissensfreiheit und auf den Elementarunterricht in der Muttersprache bezüglichen Gesetzentwürfe zeigen müssen. Der altrussische, im Reichsrat vorherrschende Standpunkt ist hier der, daß die „Fremdvölker“ in Rußland mit aller Gewalt völlig russifiziert und zu dem Zwecke des Rechtes auf Volksschulunterricht in ihrer angehammten Sprache gänzlich verbannt werden sollen, während die Oktobristen einen vermittelnden Standpunkt einnehmen und den fremden Nationalitäten das Recht, in ihrer Muttersprache unterrichtet zu werden, wenigstens innerhalb gewisser Grenzen gewahrt wissen wollen. Wegen der Gesetzentwürfe über die Sicherung der Glaubensfreiheit besteht ebenfalls ein Zwiespalt zwischen Reichsrat und Duma. Die Oktobristen sind auch in dieser Frage die Vertreter einer freiheitlicheren Auffassung und wollen sich der im Reichsrat herrschenden Anschauung nicht anbequemen. Das Wahrscheinlichste ist, daß der Ministerpräsident einer Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung zu weichen wird, die von dem jetzigen Duma aus dem Wege gehen und das Ergebnis der Neuwahlen abwarten wird. Je nachdem dann die Oktobristen mit größerer oder geringerer Zurechtweisung aus dem Wahlkampf zurückzuführen, dürfte Herr Kozowzow sein Verhalten gegenüber ihren Forderungen einrichten. Werden ihre Reihen stark gelichtet, wohnt bei dem lebhaften Andrängen von der Rechten und der äußersten Linken ja immerhin zu rechnen ist, so hat Herr Kozowzow eine gute Gelegenheit, die ihm dann nur noch übrig bleibende Möglichkeit einer weiteren Schwächung nach rechts hin mit dem Anstöße der Rechten zu begründen, ohne daß er sein theoretisches Wohlwollen für die Oktobristen preiszugeben braucht. Inzwischen bemüht sich der Minister des Innern Makarow ganz unverdrossen, den altrussischen Volksverbändlern und Nationalisten bei der bereits einsetzenden Wahlagitatio die Stange zu halten, ohne daß der Ministerpräsident zum Kerger der Liberalen auch nur die geringste Miene macht, den „reaktionären“ Eifer seines Ministers zu dämpfen. Soweit endlich noch die Agrarpolitik und die Unterdrückung revolutionärer Unruhen in Frage kommen, wendet Herr Kozowzow ganz auf den Spuren seines Vorgängers Stolypin. Die Heranziehung eines lebensfähigen Bauernstandes wird also nach wie vor von der Regierung im Auge behalten werden, und die Terroristen aller Schattierungen werden einer unerschütterlichen staatlichen Abwehr begegnen, sobald sie sich auf den Weg des Aufruhrs begeben. Daß Herr Kozowzow im übrigen einfache Demonstrationen von gewaltsamer Auflehnung gegen die staatliche Ordnung gegenüber den letzten Petersburger Kundgebungen von Arbeitern und Studenten wegen der Vorgänge in den Penngoldwäschereien bewiesen, wobei es dem ruhigen und zurückhaltenden Verfahren der bewaffneten Macht zu danken war, daß unangenehme Blutvergießen vermieden wurde,

Als Charakteristik für die wirtschaftlichen Anbahnungen des Ministerpräsidenten mag schließlich noch erwähnt sein, daß er in seiner Moskauer Rede sich auch unumwunden für den Schutz Zoll ausgesprochen hat. Er erklärte, er sei vollkommen überzeugt, daß dem Schutz Zoll in der Zukunft gehöre, und Rußland mühe auf dieser Grundlage in den neuen Handelsverträgen, deren Ausarbeitung der vierten Duma obliege, dafür sorgen, daß es von der übermäßigen Einfuhr solcher Waren entlastet werde, deren Erzeugung im Inlande der russischen Industrie möglich sei. Kozowzow will also der von ihm mächtig geförderten finanziellen Selbstständigkeit Rußlands auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit hinzufügen, und bei der zähen Ausdauer und Beharrlichkeit, die ihn kennzeichnen, werden wir uns deuchtlicherweise auf einen harten Kampf um die Behauptung einer möglichst günstigen Stellung bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen mit dem Zarenreiche gefaßt machen müssen.

Drahtmeldungen

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Ansprache über die Wünsche in den Schutzgebieten wird fortgesetzt. Die Budgetkommission beantragt die gesetzliche Gültigkeit der Reichsgesetze. Der Antrag Brabant (Sp.) und Freiberger (Zent.) erübt die verbündeten Regierung nach Anhörung der Selbstverwaltungsorgane der deutschen Schutzgebiete einen Weichenwurf vorzugeben, durch den für die einzelnen deutschen Schutzgebiete die aus dem Geschäftsverkehr zwischen Weichen und Eingeborenen sich ergebenden Rechtsverhältnisse geregelt werden. — Abg. Freiberger (Zent.): Rechte Hand, linker Hand, alles verstanden. In der Kommission war man einst, jetzt kommt es einmal der Antrag Brabant. Man weicht der Entscheidung aus. Das ist ein Armsutergang für den Reichstag. Damit fördert man das Kontinuität. Als Vertreter des Christentums wollen Sie Christen verdienen — denn Samoa ist fast ganz christlich —, unter sich Ehen abzuschließen. Ich bedaure es, daß wir eine christliche Idee mit sozialdemokratischer Unternehmung durchführen müssen. (Gelächter der Sozialdemokraten.) — Abg. v. Bülow (Zent.): Auch wir sind die allerchristlichsten Gegner jeden Kontinuitäts, aber auch gegen die Weichen. Man sollte mehr verbeiratete Beamte hianschicken. — Abg. Freiberger (Zent.): Das Mißgeschick wird durch das Mißgeschick vererbt und beieitigt auf die Dauer das Kontinuität. Sie können das in Amerika sehen. Eine weiße Frau darf für den Kezer gar nicht erwerbbar sein. (Beifall.) Die Weisheit des Reichstages würde sich mit den Ansichten der deutschen Ansiedler in Widerspruch setzen, wenn wir für die Weichen einreten würden. Die Ansiedler müssen wir erst hören, denn die müssen die Sprache ausüben. — Abg. Dr. Brabant (Sp.) erwidert dem Abgeordneten Vedeboort: Gewöhnen Sie sich daran, daß der Liberalismus aus richtigen Gründen, die wir gemeinsam haben, nicht mit Ihnen zusammen solche Forderungen ziehen muß. In dieser Frage müssen die Selbstverwaltungsorgane gehört werden. — Abg. Dr. David (Zent.): Was erreichen Sie mit dem Verbot der Weichen? Aus den 99 Proz. unehelicher Mißhändler in Samoa machen Sie 100. Man kann die Samoaner nicht mit den Kezern vergleichen. Sie sind nahe verwandt den Kanakern, und wenn ein Weichen eine Japanerin heiratet, dann arationalisieren die Amerikaner Herrschaften. Wir wollen nicht, daß, wo Weichen geschlossen werden, die Frauen und Kinder deportiert werden. — Nach kurzer weiterer Ansprache beantragt Dr. Brabant, die beiden Teile des Kommissionsbeschlusses über die Sicherstellung der Gültigkeit der Reichsgesetze und die Regelung des Rechts der unehelichen Kinder getrennt zur Abstimmung zu stellen und wenigstens an Stelle dieses zweiten Teiles seinen Antrag anzunehmen. — Abg. Vedeboort (Zent.) widerpricht. Die namentliche Abstimmung ergriff die Annahme der Resolution der Budgetkommission mit 208 gegen 133 Stimmen bei einer Enthaltung. Für die Resolution stimmten Zentrum, Sozialdemokraten, Polen, Wirtschaftliche Vereinigung und einige Freisinnige. — Es folgen die ausgearbeiteten Abstimmungen über die Interpellationen. Die Vorträge der Geschäftsordnungs-Kommission werden durchweg angenommen. Ueber den Antrag der Konservativen, die Stellung von Anträgen im Anschluß an die Besprechung von Interpellationen für unzulässig zu erklären, wird namentlich abgestimmt und der Antrag mit 265 gegen 67 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Nach der Erklärung des Präsidenten Dr. Kaempf treten die somit beschlossenen Verhandlungen der Geschäftsordnung sofort in Kraft. Der kommende Freitag ist der erste Tage der kurzen Antrags. — Zur Präzisionsfrage beantragt die Geschäftsordnungs-Kommission, daß eine Gruppe nur als Fraktion gilt, wenn ihr 15 Vollmitglieder und Hospitanten angehören. Ein Antrag (Samm. Reichsp.) der auch die „Zugestübten“ dabei in Anrechnung bringen will, wird abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 146 Stimmen bei

Erst Pfunds Voghurl!